

## Dossier

# Grundfragen der Europadebatte nach der Osterweiterung

## Welches Europa wollen die „alten“ und die „neuen“ Europäer?

PIOTR NOWINA-KONOPKA\*

Ich freue mich, hier nicht nur eine polnische Betrachtungsweise in die Diskussion einbringen, sondern den Dialog in einem deutsch-französischen Kontext führen zu können. Ich hänge nämlich ganz besonders an der Formel des Weimarer Dreiecks, und das trotz der von Zeit zu Zeit offenkundigen Zurückhaltung gegenüber dieser Formel von deutscher wie französischer Seite. Je mehr wir sie bräuchten, umso mehr scheint sie sich zu verflüchtigen. Der luxemburgische Premierminister *Jean-Claude Juncker* hat hier vor einem Jahr einen Vortrag mit dem Thema „Europa wird erwachsen“ gehalten. Die Frage, die man ein Jahr später aufwerfen müsste, könnte sich nah an dieser mutigen und vielversprechenden Aussage orientieren: Ist also Europa erwachsen geworden, oder wird es erwachsen? Was ist seine Befindlichkeit, und inwieweit haben die Europäer und auch unsere Nationen, die Franzosen, die Deutschen und schließlich die Polen, das europäische Projekt voranschreiten und reifen lassen? Wie definieren wir, was es heißen soll, ein Europäer zu sein?

Kürzlich ist ein Buch erschienen, das einige Fachleute mit den Werken von *Ortega*, *Fukuyama* und *Huntington* in eine Reihe stellen.

Es ist der Band von *Robert Kagan*, der auch in Polen ausführlich kommentiert wird wegen seines provozierenden Slogans, wonach die Amerikaner schlicht und einfach vom Mars stammten, während wir, die Europäer, von der Venus kämen. Das bringt mich dazu, eine ebenso provozierende Frage zu stellen: Woher kommen dann die Polen? Gehören wir wie die anderen Europäer gemäß dem amerikanischen Politologen zur Logik der Venus?

Eine europäische Debatte über die brennendsten Probleme unserer Zeit ist entweder gar nicht existent oder sie wird im Verhältnis zur sozialen und politischen Realität auf dramatische Weise verspätet geführt. Aus polnischer Sicht kann man feststellen, dass selbst die Verfassungsdebatte Europa nur mit Mühe auf die Bedeutung des Erweiterungsproblems aufmerksam machen können. Wie viel Zeit wurde damit vertan, wenig nützlich Diskussionen über die Vertiefung und Erweiterung zu führen?

### Die Folgen von Nizza

In Nizza wurde bekanntermaßen nur ein zweifelhafter Kompromiss erzielt; die intergouvernementale Diskussion glich eher dem

\* *Dr. Piotr Nowina-Konopka* ist Vize-Rektor des Europa-Kollegs Brügge–Natolin. Der vorliegende Beitrag ist eine übersetzte, gekürzte und überarbeitete Fassung des mündlichen Vortrags „Anciens et nouveaux membres en débat sur l'Europe“ am 15.3.2004 beim Deutsch-Französischen Kreis e.V., Düsseldorf.

zählen Verhandeln von Kleinhändlern auf dem Fischmarkt als einer verantwortungsvollen Debatte von Staatsmännern. Der vorrangige und einzige Erfolg des nächtlichen Ergebnisses von Nizza lag darin, dass er den Fortgang der Erweiterung erlaubte. Man darf sich unter diesen Umständen nicht wundern, dass man nun Schwierigkeiten damit hat, eine Übereinkunft über das Verfassungsprojekt zu finden. Dennoch hat die Debatte des letzten Jahres endlich dazu beigetragen, die Diskussionen der politisch-intellektuellen Salons an die Debatten auf den Straßen von Paris, Warschau oder Berlin anzunähern.

Für die genannte Verzögerung hat man einen Preis zu zahlen. Manche Polen, die beim Referendum im Juni 2003 mit „ja“ gestimmt haben und damit auch mit „ja“ für Nizza, fühlen sich betrogen, und die Meinungsumfragen in Polen signalisieren heute einen Absturz der Werte bei der Frage nach der Befürwortung der europäischen Sache. Andererseits klagten die offiziellen Verlautbarungen in Frankreich und Deutschland, aber auch die öffentliche Meinung, Polen an, der Hauptschuldige am Scheitern der Verfassung zu sein. Ich will im Folgenden erklären, wie sich die Dinge in Polen darstellen.

Unglücklicherweise sieht man ein verträgliches und für mehrere Jahre vergessenes Wort wieder in Europa auftauchen, das Wort „Hegemonie“. Wenn man die Geschichte kennt, sollte man bedenken, dass es in Polen eine besondere Betrachtungsweise dazu gibt. Wir sind durch unsere Erfahrungen in der Vergangenheit geprägt, wir machen uns die immense Macht unserer Nachbarn klar, und wir reagieren folglich gemäß dem Sprichwort „Die versengte Katze fürchtet sich vor dem kalten Wasser“. Unsere Befürchtungen werden durch die politischen und sozialen Prozesse, die derzeit in Deutschland ablaufen, noch verstärkt. Vielleicht werden sie in Polen überschätzt, aber in Deutschland bleiben sie unbeachtet. Gleiches gilt für Frankreich, das durch den Staatschef selbst

Polens Nationalstolz verletzt hat. Außerdem scheinen diese Ängste, wenn auch aus anderen historischen Gründen, ebenfalls anderswo zu existieren. Die einen empfinden schlichtweg Furcht vor der möglichen Wiedergeburt einer deutschen Vorherrschaft. Die anderen wollen kein „Direktorium“ von drei oder vier großen Ländern im erweiterten Europa.

## **Fehlende Grundsatzdebatte und Wertediskussion**

Um die Beschaffenheit der politischen Debatten im erweiterten Europa zu beschreiben, sollte man zunächst auf die Frage antworten, ob wir eine Wertediskussion haben. Leider fehlt uns diese offenbar. Oder diskutiert man etwa ernsthaft über die Werte, auf denen die Gemeinschaft ihre Zukunft bauen möchte? Während des letzten Jahrzehnts hat man sich sehr viel mehr im Osten als im Westen Europas auf diese Werte bezogen. Vielleicht hat man bei uns zu viel von der historischen Gerechtigkeit gesprochen, die denen geschuldet sein sollte, die man in Jalta an die Sowjets verkauft hat. Diese Position führte zum materiellen und finanziellen Aspekt der Wiedervereinigung Europas, zu dem, was als Forderung nach Entschädigung verstanden werden konnte.

Aber es gab im Osten auch andere Diskussionsthemen, die näher am Modell der Wertediskussion lagen. Nehmen wir das einfache Beispiel der viel zitierten Präambel der EU-Verfassung. Im Laufe der letzten 15 Jahre haben wir uns in Polen darum bemüht, die christlichen Ideale zu verbreiten, auf die vor einem halben Jahrhundert das Projekt Europa gegründet wurde. Sein französischer Gründungsvater, Robert Schuman, war ein tief gläubiger Katholik; für ihn war die christliche Tradition Europas eine natürliche und offensichtliche Tatsache, die nicht Gefahr lief, in einen Konflikt mit der laizistischen Ordnung der französischen Republik zu geraten.

Auch deshalb waren die Polen überzeugt, dass die Präambel der europäischen Verfassung einen Bezug zur christlichen Tradition hätte haben müssen. Und deshalb waren wir auch so verblüfft, als wir zur Kenntnis nehmen mussten, dass das infrage gestellt wurde. Und wo? In der Heimat Robert Schumans.

Das Drama des 11. September 2001 hätte die Europäer dazu bewegen müssen, die doch nahe liegende Frage nach den Werten wieder aufzugreifen. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass es, abgesehen von der spontanen Reaktion „Ich bin Amerikaner“, keiner intellektuellen Gruppierung in Europa gelungen ist, ein tieferes Nachdenken über die Werte anzustoßen, die die Europäer in diesem „Notstand“ hätten erkennen müssen. Angesichts dieser beispiellosen Tragödie hat es, so weit ich sehe, nur ein einziges Beispiel für eine „Reflexion über die Werte“ gegeben, und zwar den „Brief aus Amerika“ („What We're Fighting For: A Letter from America“), welchen das Institute of American Values konzipiert hatte und der von 60 amerikanischen Intellektuellen, Christen, Muslimen, Juden und Ungläubigen, unterzeichnet wurde. Dieser Brief ist in Europa so gut wie ohne Antwort geblieben. Erst die Verhandlungen im UNO-Sicherheitsrat über eine Militärintervention im Irak haben diese Debatte auf unserem Kontinent ein wenig aufleben lassen. Bedauerlicherweise sind diese Diskussionen nie über eine gewisse Platt- und Blindheit hinausgekommen. Sie reflektierten eher eine Wahlkampfpolitik des „hic et nunc“, des hier und jetzt, als eine synthetische und strategische Herangehensweise. Seit dem 11. März 2004, seit den tragischen Ereignissen von Madrid, finden wir uns in Europa in einer ähnlichen Situation wieder wie die USA vor zweieinhalb Jahren nach dem Angriff auf das World Trade Center. Zunächst sieht man Schilder mit der Aufschrift „Wir waren alle im selben Zug“, aber man wird rasch sehen, inwieweit uns diese neue Erfahrung zu einer wirklichen Grundlegendiskussion führen wird.

Am Wendepunkt von den 1980er zu den 1990er Jahren wurden in Mittel- und Osteuropa das Problem des kollektiven Gedächtnisses und dasjenige der Solidarität, eines der fundamentalen Prinzipien der Europäischen Gemeinschaften, thematisiert. Man hat sich gefragt, wie man dieses Prinzip auf die Länder anwenden sollte, die sich vom sowjetischen Regime befreit hatten. Im so genannten „neuen“ Europa hatten wir uns mit dem Phänomen einer wieder geweckten Hoffnung zu beschäftigen, im „alten“ Europa gab es ein plötzliches Erwachen der Zufriedenen und Satten, die sich in der Union bequem eingerichtet hatten. Zweifellos ließ sich die Tatsache, dass die alten Europäer inklusive der Deutschen und Franzosen vom Prinzip der Solidarität Abstand nahmen, leicht erklären, – etwa mit der weltweiten Konjunkturkrise oder mit den Haushaltsproblemen, die aus ihrer wohlfahrtsstaatlichen Politik resultieren. Es ist gleichwohl nicht zu bestreiten, dass man wenige Anstrengungen unternommen hat, die Mitgliedsländer, die in den Genuss der Wohltaten des Gemeinschaftsbudgets kommen, als diejenigen willkommen zu heißen, die aufgrund der Beschlüsse von Jalta dem sowjetischen Regime unterworfen waren. Es ist aber ebenso im Interesse Europas wie im nationalen Interesse der Mitgliedsländer der EU, auch die Neuankömmlinge in den Genuss des viel zitierten Solidaritätsprinzips kommen zu lassen. Dies ist im Übrigen ein weiteres Thema, das in der Europadebatte fehlt.

### **Europaschädlicher Populismus**

Ich gebe zu, dass wir Polen und die anderen Mittelosteuropäer auch kein reineres Gewissen in dieser Sache haben. Wir können zahlreiche Entschuldigungen suchen und finden, um unseren eigenen historischen Gedächtnisverlust, unsere Mittelmäßigkeit bei der Instandsetzung unserer Länder und unserer Wirtschaft, unsere übertriebenen Ansprüche

an eine unmittelbare Verbesserung unserer Lage zu rechtfertigen. Es ist jedoch auch wahr, dass wir stolz sein können auf alles, was wir durch gemeinsame Anstrengung geleistet haben. Aber in Polen preist man in gewissen Milieus weiterhin die Zeiten der Volksrepublik, als wären sie ein Synonym für Wohlstand. Ähnliche Haltungen und Tendenzen sind im Übrigen auch in der ehemaligen DDR lebendig. Der populistische Druck auf den Haushalt verkauft sich ebenfalls bei uns gut, auch wenn ein solcher Druck uns doch sehr leicht der möglichen und so sehr notwendigen Dividenden beraubt. Und es ist richtig, dass man bei uns im Osten den korrupten Staat toleriert und jene moralischen Werte vernachlässigt, die man sich auf die Fahnen geschrieben hat. Es ist offensichtlich, dass es nicht leicht ist, auf die vor einigen Jahren durch den anerkannten polnischen Philosophen und Priester Józef Tischner aufgeworfene Frage zu antworten: „Was haben wir aus unserer wiedergewonnenen Freiheit gemacht?“ Aber es ist ebenso sinnvoll, die gleiche Frage an Europa insgesamt zu richten, auch an die Länder, die sich seit mehreren Jahrzehnten ununterbrochen der Freiheit erfreuen.

Es zeigt sich, dass alle Völker Europas im Grunde die gleichen Probleme haben: Krise des Staates und der Staatsbürgerschaft, politisiertes Herangehen an objektive ökonomische Regeln und schließlich eine Wende der Zivilisation und der Technologie, die darauf hinausläuft, die Demokratie als eine klassische Regierungsform infrage zu stellen. Es ist deshalb beachtenswert, dass man in der Europadebatte hauptsächlich und vor allem die EU selbst kritisiert: Demokratiedefizit, Unklarheit über den Gemeinschaftsacquis und Korruption an der Spitze der europäischen Institutionen; man sieht darin die Quelle allen Scheiterns. Als sei jeder der 15 Mitgliedstaaten ein so herausragendes Modell der Politik, der Wirtschaft und des Sozialen, wie es das Normmaß für einen Meter

darstellt, das in Sèvres aufbewahrt wird... In Warschau ebenso wie in Paris oder Berlin klagt man die Europäische Kommission als Hauptverantwortliche für jedes Übel an: Dass unsere Landwirte ein hartes Leben führen, dass unsere Grubenarbeiter unter der Umstrukturierung leiden und dass unsere Studenten ihr Studium bezahlen müssen. Auf diese Weise wendet man die Aufmerksamkeit ab von den wahren Ursachen unserer Probleme, und die EU dient als Sündenbock. Es genügt jedoch, die EU, die das Leben der europäischen Gemeinschaft organisiert, genauer zu betrachten, um sogleich festzustellen, dass sie sehr viel besser strukturiert und effizienter ist als die meisten ihrer Mitgliedstaaten. Der Hauptgrund dafür liegt vielleicht in der Selbstbeschränkung ihrer objektiven Kompetenzen. Eine solche Selbstbeschränkung ist jedoch nicht unbedingt die Sache jedes Mitgliedslandes.

Dies führt dazu, dass das gemeinschaftliche Modell zugunsten des intergouvernementalen an Boden verliert, wobei die historischen Erfahrungen ebenso vergessen werden wie das positive Beispiel des letzten Jahrzehnts. Wenn wir wählen müssen zwischen „mehr Europa“ und mehr „Staatsnation“, scheinen wir uns eher für die zweite Möglichkeit entscheiden zu wollen. Die Beschlüsse des Gipfels von Nizza haben dieses Paradox sehr deutlich werden lassen. Je mehr sich die Situation unseres Kontinents verschlechtert, um so mehr scheinen wir, im Osten wie im Westen, den nationalen Regierungen zu vertrauen, auch wenn sie manchmal von radikalen Parteien gebildet werden, wenn sie dem politischen Populismus fröhnen, wenn sie von einer ineffizienten und sorglosen Verwaltung getragen werden, wenn sie sich dadurch auszeichnen, dass ihre Wirtschaft auf dem globalen Markt nicht wettbewerbsfähig ist.

## Für Integration statt Kerneuropa

Es ist die globale Dimension, die den Kontext für das europäische Denken darstellt, insbesondere für die erweiterte Union. Robert Kagan vertritt in der erwähnten Schrift die Meinung, wenn Europa seine Stellung in der Welt in den 1990er Jahren wieder hergestellt hätte, wie man es von ihm erwartete, dann würde sich die heutige Welt völlig anders darstellen, nämlich gemäß den Erwartungen Huntingtons so, dass das vereinigte Europa fähig wäre, die Hegemonie der USA auszubalancieren. Die in Europa geführten Diskussionen im Zusammenhang mit der Irak-Krise zeigen, dass sich genau hier das eigentliche Problem für viele Europäer stellt. Wird das Attentat von Madrid die Art unserer Beschäftigung mit den wesentlichen Dingen verändern? Wenn das der Fall ist, dann lohnt es sich auch, den Mangel an Logik und Kohärenz in unserer Europadiskussion aufzuzeigen. Entweder versucht Europa, ein gleichberechtigter Partner Amerikas und der Welt zu werden – aber dann müssen wir ein strikt gemeinschaftliches Entscheidungsmodell akzeptieren, die Verfolgung des Solidaritätsprinzips, eine verantwortungsvolle gemeinschaftliche Haushaltspolitik, die auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Maßstab zielt, mit einer Steigerung der Ausgaben für militärische Aufgaben und für die Kohäsion –, oder jedes Land entscheidet sich für die Umsetzung seiner Ambitionen auf nationaler Ebene, ohne Rücksicht auf die anderen. Im zweiten Fall sollten wir damit aufhören, uns den Kopf über diese Union zu zerbrechen und auf die gemeinschaftliche Solidarität zu setzen. Kehren wir lieber zur Idee der egoistischen Staatsnation zurück. Und versuchen wir gegebenenfalls, eine neue Form der Doktrin des europäischen Kräftegleichgewichts wieder aufzugreifen.

Es ist ein wenig zu simpel, wenn man glaubt, die amerikanische Hegemonie überwinden oder wenigstens eine gute wirtschaft-

liche und politische Position in der Welt erreichen zu können, wenn man es dabei belässt, die Waggons, die zu langsam rollen, abzukoppeln. Vielleicht gibt es Länder, die so denken. Dieser Themenstrang der Europadebatte ist nach dem Scheitern des Gipfels von Brüssel im Dezember 2003 noch aktueller geworden und wird in Polen sehr breit diskutiert. Es ist für uns sehr schwer abzuschätzen, welches Risiko diese Debatte und diese Idee für Polen mit sich bringen. Droht man uns nur damit, oder glaubt man wirklich, es genüge eine Begrenzung auf die ersten sechs Avantgarde-Länder, damit man sich wieder auf dem Wachstumspfad befindet? Das Spiel mit dem Wort „Avantgarde“ kann auch zu Illusionen verführen. Die Avantgarde, das Europa der zwei Geschwindigkeiten, der harte Kern... aber ohne uns, die Störenfriede!

Die Liste der Probleme, die in der Europadebatte behandelt oder übergangen wurden, ist natürlich sehr lang. Man kann sie in drei Kategorien unterteilen: 1. technologische, ökonomische und kulturelle Gefahren und Herausforderungen, 2. offene Fragen, vor die sich die zeitgenössische Demokratie gestellt sieht und das Identifikationsniveau des Bürgers mit seiner politischen Gemeinschaft, 3. „Technologie“ der europäischen Integration. Die erstgenannte Kategorie umfasst alle sozio-ökonomischen Fragen: Arbeitslosigkeit, Sozialmodell für Europa (inklusive das Problem der sozialen Überprotektion, das es derzeit in einigen europäischen Ländern gibt), soziale Kohäsion und Solidarität, demographische Krise, eingeschlossen die Überalterung der Bevölkerung und das fehlerhafte System der Sozialleistungen, das so gefährlich für den Arbeitsmarkt ist, aber auch die Herausforderung an die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in einem globalen Markt, schließlich das Modell für das Erziehungswesen, die Forschung, die Politik der Wissenschaftsinvestition etc. Man müsste noch die Fragen der europäischen Tradition und Identität hinzufügen (einge-

schlossen die Religion, insbesondere dort, wo Europa mit dem Islam konfrontiert ist) oder auch die Frage des Lebensstils zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Man wird zugeben müssen, dass jedes dieser Themen es verdiente, mit ganz besonderer Aufmerksamkeit behandelt zu werden, da sie im Hinblick auf die Weiterentwicklung Europas von vitalem Interesse sind. Es sind vorrangige Probleme für das Individuum, die Nationen und die Gemeinschaft unseres Kontinents.

Aber gibt es überhaupt eine Debatte über diese Probleme? Die Antwort ist nicht ganz klar. Man konnte leichter darauf antworten zur Zeit eines visionären *Delors* als zu der eines *Prodi*. Man spricht zwar mehr und mehr von der Lissabon-Strategie, aber das ist allzu oft bloß eine rituelle Beschwörungsformel, die nicht unbedingt ernst genommen wird. Diese Situation war es, die *Robert Kagan* zu der Behauptung veranlasst hat, dass selbst im Bereich der Semantik die Herangehensweise der Amerikaner von derjenigen der Europäer verschieden sei. Sie, die Amerikaner, seien bereit, sich Bedrohungen entgegen zu stellen, aber kaum dazu in der Lage, Überlegungen zu Herausforderungen anzustellen. Wir hingegen liebten es, über Herausforderungen zu reden, aber wir seien selten bereit, gegen Bedrohungen zu kämpfen. Auf diese Weise verhärtete sich die „Festung Europa“, die nur noch fähig sei, über die eigene Schwäche zu klagen, aber unfähig, sie zu überwinden.

Der zweite thematische Bereich dieser Debatte betrifft die Krise der Demokratie. Ein Beispiel ist das des islamischen Schleiers. Die von *Bernard Stasi* in Frankreich zu einem „consilium“ zusammengerufenen Experten haben gut 50 Maßnahmen gegen diese „Krankheit“ aufgezählt. Die Behandlung auf dem gesetzgeberischen Weg hat sich jedoch auf das formelle Verbot für Musliminnen beschränkt, den Schleier zu tragen. Das Problem des Islam hört jedoch weder für Frankreich noch für ganz Europa an den Eingangstüren der Schulen auf. Ich bewerte die-

se Reaktion auf die kulturellen und demokratischen Veränderungen als schlagendes Beispiel für den oberflächlichen und beschränkten Charakter gewisser Antworten, die wir auf die gewaltigen Herausforderungen und auch Bedrohungen geben.

Die dritte Kategorie von Themen betrifft die Probleme, die ich die „Technologie Europas“ genannt habe. Hier geht es um die gesamte verfassungsrechtliche und institutionelle Dimension des erweiterten Europa. Ich werde nicht näher auf die Details der qualifizierten Mehrheit, des europäischen Außenministers, der Kompetenzabgrenzung zwischen den Institutionen der EU und andere wichtige Fragestellungen eingehen. Das sind alles spannende Fragen, aber gegenüber den grundsätzlichen Themen der ersten und zweiten Problemgruppe doch sekundär. Ich wage dennoch die These, dass es unnütz ist, sich über die nationalen Egoismen der einzelnen Mitgliedsländer zu beklagen, solange man nicht das sozioökonomische und politische Modell der EU definiert hat. Diese nationalen Egoismen finden sich im Übrigen östlich wie westlich der Oder.

### **Mit Delors auf Kagan antworten**

Man kann natürlich die Themen für eine Europadebatte auf verschiedene Weise strukturieren. Man kann beginnen mit der Frage nach der Zukunft und der Rolle der UNO sowie der transatlantischen Beziehungen und fortfahren mit den neuen Nachbarn (Russland, Türkei, Vorderer Orient oder Balkan), mit dem Problem genetisch veränderter Nahrungsmittel bis hin zum Kampf gegen das organisierte Verbrechen usw. Aber es wäre einfacher, zunächst auf die grundlegenden Fragen zu antworten und dann Fall für Fall die rein technischen Probleme zu erforschen. *Jacques Delors* hat folgende Klassifizierung der Probleme vorgeschlagen: Man muss sich mit drei Fragen beschäftigen, um den europäischen Traum zu verwirklichen: 1. mit der

Vision des zukünftigen Europa als Verfassungsgemeinschaft, die auf Frieden und Sicherheit zielt, 2. mit der Anwendung der Gemeinschaftsmethode, die die Wettbewerbsfähigkeit stimuliert, die Zusammenarbeit verstärkt und zugunsten einer die Welt einigenden Solidarität wirkt, 3. mit dem Respekt vor der europäischen Unterschiedlichkeit und dem Recht, schneller von der intergouvernementalen Phase zur vergemeinschafteten voranzuschreiten. Man kann die Thesen Delors kritisieren oder sich mit ihnen identifizieren. Ich persönlich mag sie sehr. Und es scheint mir, dass Kagan nicht geschrieben hätte, wie kämen von der Venus, wenn Europa diese Thesen früher gründlich diskutiert hätte und wenn diese Diskussion zu abschließenden Entscheidungen geführt hätte.

Gestatten Sie mir, mit einer Feststellung zur Rolle meines eigenen Landes in der Europadebatte zum Ende meines Vortrags zu kommen. Viele Beobachter und Entscheidungsträger beschreiben Polen – insbesondere im Kontext der Brüsseler Verhandlungen – als ein Land, das, aus mehr oder weniger berechtigten Gründen heraus, das Verfassungsprojekt blockiert hat, indem es die Rolle Polens im Entscheidungsprozess um jeden Preis stärken und zugleich aus dem Haushalt der Union so viel Vorteile ziehen wollte wie irgend möglich. Ohne diese Anschuldigung zu relativieren, wäre es leicht,

noch mehr Schuldige zu finden, die der gleichen Dinge angeklagt werden können. Es gibt den Ausdruck „ex oriente lux“. Ich bin weit davon entfernt, diese These zu bestätigen, denn es fehlt uns in der Tat auch in Polen an „Erleuchtung“. Wir sind oft zerrissen zwischen dem nationalen Größenwahn und dem Gefühl der Unterlegenheit. Es ist wahr, dass die Europadebatte sich mit dem Fortschritt der Erweiterung verändert, und es ist auch wahr, dass Polen als Kandidat für den Beitritt bisher nicht allzu viel dazu beigetragen hat, die Probleme zu lösen, die ich hier dargelegt habe. Es ist jedoch am Ende sehr wahrscheinlich, dass man ohne die Mitwirkung der neuen Mitgliedstaaten keine vollständigen Lösungen und Antworten finden wird. Um ernst genommen zu werden, müssen wir also unsere Außenseiterposition verlassen und unsere europäische Mitwirkung annehmen. Wir messen dem Gewicht der Stimmen im Rat eine sehr große Bedeutung zu, ebenso wie den Zuweisungen aus dem gemeinsamen Haushalt. Aber wir fordern gleichermaßen das Recht für uns ein, auf gemeinsame Fragen zu antworten, sie aufzuwerfen und die Europadebatte mit zu moderieren.

Denn weder Sie noch wir werden auf dem Mars oder der Venus leben, sondern hier, in Deutschland, in Frankreich, in Polen, also in Europa. Ich hoffe, Europa wird eines Tages erwachsen.